

Posener Zeitung.

N^o 102.

Freitag den 3. Mai.

1850.

Inhalt.

Deutschland. Berlin (Besuch d. Herz. v. Genua; d. Ablegen d. Deutschen Kofarde; Staaten-Association statt d. Bundesstaats; Oester. Note; Jahresfest d. Patriot. Ver.; Chinesische Anerkennung d. Preuß. Suveränität; Beitritt d. Regier. zu d. Beschlüssen d. Parlam.; Stellung d. Fürstbisch. Breslau zur Verfass.; Einschätzungen zur Einkommensteuer). Von d. preuß. poln. Gr. (Verfahren geg. d. Poln. Juden); Frankfurt (Petit. um Aufhebung d. Deutschen Politik; Austritt d. Wachtm. Kaiser); Erfurt (Schlussf. d. Parlam.; Fest d. Liberal-Constitutionellen); Kiel (Erklärung üb. d. Annahme v. Ditz.; Deputation aus Schleswig zur Begrüß. Willens). Oesterreich. Wien (offiz. Zurückberuf. d. Jesuiten; Excommunication; Tod Wesseleny's). Schweiz. Zürich (Rückf. d. Rüstungen). Frankreich. Paris (Sue's Candidatur; Nat. Verf.; Budgetberath.; Erklärung Peter Bonaparte's; d. Garnison stimmt für Sue). Niederlande. Haag (Genehmigung d. 2ten R. zur Vermähl. d. Prinzess. Luise). Spanien. Madrid (Gefangenhaltung d. Königs). Locales. Posen; Aus d. Oberrhein Kr.; Ostrowo; Bromberg. Mustersung poln. Zeitungen. Anzeigen.

Berlin, den 2. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den nachstehend genannten, vormals Fürstlich Hohenzollernschen Beamten Orden zu verleihen, und zwar: Dem bisherigen Geheimen Konferenz-Präsidenten Freiherrn v. Frank in Heddingen, dem bisherigen Geheimen Konferenz-Präsidenten v. Sallw. in Sigmaringen und dem Wirklichen Geheimen Rath v. Weckerlin in Sigmaringen den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse; dem Wirklichen Geheimen Rath v. Billing in Heddingen den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; so wie dem Cabinets-Rath Bayl in Heddingen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; ferner den mit der Verwaltung des Eisenbahn-Kommissariats beauftragten bisherigen Regierungs-Assessor v. Bernow-Klewenow daselbst zum Regierungs-Rath; und den bisherigen Oberlehrer am Gymnasium zu Münster, Professor Dr. Rospat, zum ordentlichen Professor der Geschichte in der philosophischen Fakultät der theologischen und philosophischen Akademie zu Münster zu ernennen.

Ihre Hoheiten die Herzoge Eugen und Wilhelm von Württemberg, sind von Karlsruhe hier angekommen.

Se. Excellenz der General-Lieutenant und Vorsteher des Verwaltungsraths, v. Radowick, ist von Erfurt, Se. Excellenz der Wirkliche Geheimen Rath Freiherr v. Arnim, von Remscheid, und Se. Excellenz der Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothasche Staats-Minister v. Seebach, von Erfurt hier angekommen. — Se. Excellenz der General-Lieutenant und Commandeur der 1. Division, v. Below, ist, von Erfurt kommend, nach Königsberg in Pr. hier durchgereist.

Deutschland.

Berlin, den 30. April. Am Donnerstag, den 2. Mai wird der Herzog von Genua mit seiner jungen Gemahlin in Charlottenburg eintreffen und mehrere Tage an unserm Hofe zubringen. — Während der Anwesenheit des jungen Paares werden verschiedene Festlichkeiten stattfinden.

Am Sonntag ist die Meyerbeer'sche Oper „der Prophet“ zum ersten Male gegeben worden. Das Haus war bis auf den letzten Platz besetzt. Der König und die Königin, so wie die sämmtlichen hier anwesenden Mitglieder unseres Könighaus wohnten der Vorstellung vom Anfang bis zu Ende bei. Ueber das Stück selbst werden verschiedene Urtheile laut; im Ganzen läßt man jedoch dem Komponisten Gerechtigkeit widerfahren, nur das Sujet erfährt manchen Tadel.

Lange hat kein Ereigniß eine solche Sensation hervorgerufen, als der am Sonntag den hiesigen Truppen verkündete Parolebefehl. Derselbe lautet ungefähr dahin, daß die Soldaten zur Erspareung von Kosten ins Künftige die Deutsche Kofarde nicht mehr an den Hüften tragen sollen; dagegen bleibt dieselbe an den Helmen. — Von den Soldaten wurde dieser Befehl mit lautem Jubel aufgenommen und bald sah man keinen Soldaten mehr mit der schwarz-roth-goldenen Kofarde. Daß dieser Befehl sich eine analytische Behandlung gefallen lassen muß, darf nicht weiter bestritten; auffallen muß es jedoch, daß auch in Hannover ein gleicher Befehl ergangen ist. — An einen Deutschen Bundesstaat will man hier nicht mehr recht glauben, dagegen spricht man von einer Staaten-Association. — Unsere Erfurter Abgeordneten sind bereits hierher zurückgekehrt.

Heute traf hier eine österreichische Note ein, die von hoher Wichtigkeit sein muß, da das Gesamt-Ministerium sofort einen Minister-rath hielt.

Bekanntlich hatten die Direktoren der Königl. städtischen, Luisenstädtischen und Dorotheenstädtischen höheren Stadtschulen bei unsern städtischen Behörden beantragt, den unter ihrer Leitung stehenden Anstalten den Namen „Realschule“ zu geben. Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung hatten dagegen nichts zu erinnern und genehmigten den Antrag; das Schulkollegium scheint jedoch anderen Sinnes, denn, wie ich höre, werden von dieser Seite den Direktoren Dietz, Grohnert und Kech Schwierigkeiten gemacht. — Im Publikum trägt man sich mit dem Glauben, daß das Schulkollegium nur deshalb nicht den gedachten Schulen diesen Namen zu geben gewillt sei, weil es Nachtheile für die Königl. Realschule fürchte.

Am Sonnabend feiert der Patriotische Verein in der Conversations-Halle den Jahresfest seiner Stiftung. Das Festkomitee, bestehend aus dem Herrn Prof. Hubert, Lehrer an der Realschule, dem zum Rath ernannten Herrn v. Merckel u. a., ladet die Mitglieder des Preuß. Vereins, des Trenbundes u. a. zur Theilnahme ein. — Aus glaubwürdigem Munde höre ich, daß der bekannte Held jetzt als Forstinspektor in Rhinow mit einem Gehalt von 800 Thalern angestellt ist. — Am Sonntag ging hier das Gerücht, der Wachtmeister Kaiser sei in Frankfurt a. d. O. ermordet worden. — Diesem Gerüchte

wird nun zwar widersprochen, aber zugegeben, daß Herr Kaiser nicht Lust hat, länger in Frankfurt zu bleiben.

Berlin, den 30. April. (Berl. N.) Man versichert, daß die diesseitige Regierung unter der Hand den hier vertretenen mitverbündeten Regierungen habe mittheilen lassen, daß sie im Ganzen in der Lage sei, den Beschlüssen des Erfurter Parlaments über Revision der Unions-Verfassung beizutreten, und daß sie es den übrigen Regierungen überlassen müsse, etwaige Bedenken im Schooß des Verwaltungsraths zu erheben. — Herr v. Radowick soll zu einer ähnlichen zustimmenden Erklärung im Verwaltungsrath beauftragt sein. — Man glaubt hier, daß der von Seiten Oesterreichs erhobene Protest gegen die von verschiedenen kleineren Deutschen Staaten mit Preußen geschlossene Militär-Convention ohne jede weitere ernsthafte Folge bleiben werde. Im Grunde aber mag der Protest nur als ein Freundschaftsbeweis für Baiern und Württemberg betrachtet werden. Daß hier von einem Nachgeben, einem Zurücktreten Preußens nicht die Rede sein kann, leuchtet ein. — Der Deutschen Reform ist aus Breslau folgende Mittheilung zugegangen, die für die Stellung des Fürstbisch. von Breslau zu der Verfassung sehr bezeichnend ist:

Breslau, den 27. April. Die ministeriellen Organe: Die „Deutsche Reform“ vom 24. und 26. d. M. und die „Constitutionelle Correspondenz“ Nr. 446, vom 23. d. M., enthalten Freundschaften des von dem Fürst-Bisch. von Breslau unter dem 19. d. M. an den Kultusminister gerichteten Schreibens. Es kann dem Angegriffenen nicht zugemuthet werden, sich hiergegen direkt oder indirekt zu vertheiligen; Schreiben und Artikel liegen der Öffentlichkeit vor, man überläßt den Lesern das Urtheil. Nur das mag bemerkt werden, daß der Fürst-Bisch. nicht nur wegen möglicher, seine Rechte verletzender Deutungen der Verfassung, welche zu erwarten die „Erläuterungen“ vom 15. Dezember 1848 und die Aeußerungen des Kultus-Ministers in den Kammern, namentlich in den Sitzungen der ersten Kammer vom 8. Oktober und 12. Dezember und der zweiten Kammer vom 16. und 19. November allerdings genügende Veranlassung geben, sondern zumeist deshalb die Reservation angeordnet, weil einzelne Artikel, namentlich von den das Unterrichtswesen betreffenden, seine Rechte verletzen und weil er gegen dieselben schon Ende Dezember v. J. Verwahrung bei Sr. Maj. dem Könige eingelegt hat. Hiernit fällt zugleich der ganze Grund, auf welchem das Raisonnement der Eingangs erwähnten Artikel der D. R. gebaut ist. Vorbehalten muß werden, erforderlichen Falls in einer besonderen, mit Aktenstücken belegten Denkschrift das Verfahren des Fürst-Bisch. in dieser ganzen Verfassungs- und Eides-Angelegenheit der Öffentlichkeit zu übergeben. — Der Minister des Königl. Hauses, Fürst Wittgenstein, liegt gefährlich krank darnieder. Auch der Gesundheitszustand des Gen. v. Rauch hat sich neuerdings wieder verschlimmert.

(Const. Z.) Die Königl. Regierung in Potsdam hat so eben die Landräthe, die Domainen-Aemter und die Magistrate nachstehende wichtige, die Ausführung der Gesetzgebung über das Vereinswesen angehende Circularverfügung erlassen: „Die in Art. 20 der diesjährigen Gesammmlung Seite 277 erschienene Verordnung über das Verfallungs- und Vereinigungsrecht vom 11. März d. J. wird bei sorgfältiger Beachtung und strenger Befolgung den Polizeibehörden wirksame Mittel darbieten, um jeder Gefährdung und Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei Gelegenheiten der mißbräuchlichen Ausübung dieses Vereins-Rechts kräftig begegnen zu können. Wir glauben von der Voraussetzung ausgehen zu dürfen, daß die Polizeibehörden aus eigenem Antriebe und ohne besondere Anweisung über die Ausführung dieses Gesetzes, durch umsichtige und strenge Anwendung desselben gegen die Dandierhandeln die Regierung in der beabsichtigten Förderung der öffentlichen Wohlfahrt zu unterstützen bemüht sein werden. Insbesondere dürfen wir wohl nicht noch besonders hervorheben, welcher schweren Verantwortlichkeit sich Polizeibeamte aussetzen würden, welche Versammlungen aufzulösen unterlassen, in denen Anträge oder Vorschläge zur Erörterung gelangen, die eine Aufrechterhaltung oder Anregung zu strafbaren Handlungen enthalten, oder in denen Bewaffnete zugegen sind (§. 5 des Gesetzes). Nur auf einen Umstand wollen wir hier noch besonders aufmerksam machen, daß nunmehr durch §. 8 des Gesetzes den Polizeibehörden die Befugniß verliehen ist, alle diejenigen politischen Vereine vorläufig zu schließen, welche mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten, namentlich durch Comité's, Ausschüsse, Central-Organen oder ähnliche Einrichtungen oder durch gegenseitigen Schriftwechsel. Es werden also in Zukunft alle diejenigen Vereine polizeilich zu schließen sein, die sich unter der Bezeichnung „Volksvereine“ als Zweigvereine des Magdeburger Central-Vereins die Wiederherstellung des allgemeinen Wahlrechts zur Aufgabe stellen und die in verschiedenen Theilen unseres Verwaltungsbezirks hervorgetreten sind. Unsere früheren Anordnungen hinsichtlich einer regelmäßigen Berichterstattung über die bestehenden Vereine werden übrigens durch das gegenwärtige Gesetz nicht geändert, vielmehr erwarten wir die Berichte hierüber nach wie vor zu den festgesetzten Terminen. Die Herren Landräthe und der Herr Polizei-Direktor hieselbst, so wie der Magistrat in Brandenburg wollen sich außerdem in ihren Berichten nunmehr noch darüber äußern, in wiefern eine Wirkung des vorliegenden Gesetzes auf die bisher bestandenen Vereine erkennbar geworden sei. Potsdam, den 17. April 1850. Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.“ — Bei Hofe fand vor einigen Abenden eine Soirée dramatique statt, welcher der gesammte Hof im engeren Familienkreise beizuhohnte. Das Lustspiel aus dem vorigen Jahrhundert: Les chateaux en Espagne, wurde von J. R. Heide der Prinzessin Charlotte mit ihrem Bräutigam, von dem Prinzen Georg, dem Fürsten Radziwill und dem Prinzen Holstein-Glücksburg aufgeführt. — Die Listen der Wähler zum Gemeinderath sind jetzt fast sämmtlich aus den Bezirken wieder an den Magistrat zurückgekommen. Auffallenderweise haben sich namentlich viele Beamte wenig bereitwillig gezeigt, die Rubrik des Einkommens auszufüllen. Die Einschätzungs-Commission hat das Versäumte zum

Theil schon nachgetragen. Ein großer Waaren-Fabrikant hatte z. B. zuerst die gebräuchliche Formel: „Einkommen über 300 Thlr.“ in die Liste getragen, hernach jedoch die Summe selbst auf 6000 Thlr. fürirt. Die Abschätzungs-Commission hat 15,000 Thlr. gesetzt! Auch ein hiesiger Abgeordneter zur ersten Kammer ist durch die Commission um mehrere tausend Thaler höher, als er angegeben, veranschlagt worden. Ein Mitglied der Kunstwelt erklärte, daß sich sein Einkommen zwar nicht genau angeben lasse, jedenfalls betrage es über 300 Thlr. Die Commission hat eine Jahres-Einnahme von 16,000 Thlr. angesetzt. Herr Graf Arnim-Boymenburg ist mit 20,000 Thlr. Einnahme angesetzt worden. — Der Mißbrauch, welcher hier und an anderen Orten gegenwärtig mit öffentlichen Geldsammlungen meist in betrügerlicher, sonst verbrecherischer Absicht, getrieben wird, macht die Mangelhaftigkeit der darüber bestehenden Strafgesetze (§. 244 Theil II Tit. 20 des Allg. Landr.) sehr fühlbar. Dem Vernehmen nach wird eine Abstellung dieses Mißbrauchs im gesetzlichen Wege vorbereitet. — In gewissen Kreisen erzählt man, daß der commissarische Oberpräsident der Provinz Preußen, Staatsminister Flottweil, nach Münster auf den früher innegehabten Oberpräsidenten-Posten zurückkehren werde. — Wir berichteten vorgestern, schreibt die G. G., über Zurückziehung der in der Nähe der Preussischen Grenze stationirten Oesterreichischen Streitkräfte. Nach glaubwürdigen Nachrichten ziehen auch die Russischen Truppen sich wieder in das Innere von Polen zurück.

Am Sonntag Abend langte in Begleitung eines Polizei-Beamten ein junger Pole hier an, der während der Insurrektion in Posen Adjutant Mieroslawski's war. Von seinem Begleiter überwacht, hielt er sich bis gestern früh im Hôtel de Bavière hier auf und wurde in Gesellschaft eines andern Beamten mit dem gestern Morgen abgegangenen Bahnzuge nach Hamburg befördert, von wo aus er sich nach Amerika begiebt. Bis zu seiner Abreise von Hamburg bleibt er unter polizeilicher Controlle.

Das Monument Friedrichs des Großen wird, wie man vermuthet, zur diesjährigen Geburtsstagsfeier des Königs inaugurirt werden. — Die neue Steuer, welche der Treubund für König und Vaterland seinen Bundesgliedern durch Geschenke von Ehrensäbeln, Silbernen Pokalen und goldenen Dosen an die verdienstvollsten Männer des großen Bundesraths aufzuerlegen gedachte, hat nach den Berichten der Vertrauensmänner ein so großes Mißfallen erregt, daß dieser Plan vorläufig nicht zur Ausführung kommen wird. — Das Bataillon des Kaiser-Franz-Grenadier-Regiments, welches wegen Ueberhandnahme von Augenkrankheiten aus Berlin nach Straßburg verlegt werden mußte, kehrt um die Mitte des künftigen Monats wieder hierher zurück. Die Ursache der Krankheit, die man in baulichen Zuständen der Kaserne des Bataillons zu finden glaubte, hält man jetzt für gehoben. — Die „Urwähler-Zeitung“ wurde vorgestern und gestern konfiscirt. Die gestrige Beschlagnahme ward mit großem Erfolge ausgeführt, die ganze Auflage fiel in die Hände der Polizei. — Die Preussische Suprematie ist, wie man der Allgem. Ztg. aus Canton vom 25. Februar schreibt, in China durch den Statthalter Seu förmlich anerkannt. Ein gewisser Wilhelm Pustan, der sich schon vor zwei Jahren bei den Chinesen als Deutscher (!) Konful gerirte, zeigte vor einiger Zeit dem Statthalter seine Ernennung zum Oesterreichischen Konful an, worauf ihm der Statthalter zurücksagen ließ, er entsinne sich nicht, je Oesterreichische Schiffe hier gesehen zu haben, mithin sei ein Konful ganz überflüssig, sollten aber Oesterreichische Interessen je wahrgenommen werden müssen, so sei ja der Preussische Konful da, um sich mit den Angelegenheiten der Nebenländer Preußens zu befassen.

Von der preussisch-polnischen Grenze, den 26. April. (W. Z.) Nach Aufhebung der Geleitz- und Geleitzposten-Schne, welche bisher von den polnischen Juden beim Eintritt in die hiesige Provinz geleist werden mußten, soll, nach einer Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Gumbinnen, um dem zu besorgenden stärkeren Andrang dieser Juden möglichst zu steuern, vorläufig auf die in früherer Zeit beobachtete Weise verfahren werden. Hiernach haben sich auch die Juden, welche nur zum Aufenthalt von 48 Stunden aus Polen auf diesseitiges Gebiet kommen, theils durch Vorzeigung entsprechender Geldmittel oder Waaren, theils durch glaubwürdige Atteste ihrer jenseitigen Ortsobrigkeit darüber auszuweisen, daß sie unverdächtig, und erlaubter Handelsgeschäfte wegen auf diesseitiges Gebiet gekommen sind. Die sich etwa ohne diese Legitimation einschleichenden ausländischen Juden sollen angehalten und, wenn sich der Verdacht der Landstreicherei näher begründen läßt, der Gerichtsbehörde übergeben, resp. über die Landesgränze geschafft werden.

Frankfurt a. O., den 27. April. In der drei und sechzigsten Sitzung des hiesigen Vereins für König und Vaterland wurde, auf Grund eines früher gestellten Antrags, eine Petition vorgetragen und angenommen, worin die Staatsregierung ersucht wurde, die dreifarbige deutsche Politik zu verlassen, den Reichstag zu Erfurt aufzulösen, die Abgeordneten daselbst schleunigst zurück zu rufen und ein spezifisches Preussenthum zu errichten, woran da Freude haben alle Outgesinnten und Frommen. — Wegen des Aufstretens des hiesigen Konstablerwachtmeisters Kayser soll derselbe auf Veranlassung der Polizei-Behörde zum erektivem Polizeidienst nicht mehr verwendet werden. Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung hatte in der nach dem 15. d. M. stattfindenden Sitzung den Antrag angenommen, daß die vorgesezte Behörde das durch den Kayser eingeschlagene Verfahren zum Gegenstande der Untersuchung machen möge, welches in dem hier erscheinenden patriotischen Wochenblatt auch veröffentlicht wurde. Hierüber ist die Stadtverordneten-Versammlung mit der hiesigen Polizei in Konflikt gerathen, indem letztere die Veröffentlichung angriff und den Wachtmeister Kayser in Schutz nahm.

Erfurt, den 28. April. Die liberal-konstitutionelle Partei bei der Häuser hatte sich am 26. d. zu einem gemeinschaftlichen Mittagessen im Schützenhause versammelt. Der Abg. v. Soiron brach als erwählter Vorsitzender der Gesellschaft, den ersten Toast auf das

Wohl Friedrich Wilhelm IV., des Reichsvorstandes aus, dem es gefallen möge, mit fester Hand bald die Zügel der Reichsregierung zu ergreifen. Dem folgte Graf Schwerin mit einem Toast auf die verbündeten Regierungen, welche treu zum Bündniß stehen. H. v. Gager gedachte der Volksvertretungen, die für das Bündniß gewirkt, insbesondere der preussischen Kammern, worauf Baumstark die nicht minderen Verdienste der Volksvertretungen kleinerer Staaten um das konstitutionelle Prinzip hervorhob. Der nächste Toast wurde von Bernher (von Nierstein) dem „deutschen Volke“ dargebracht, ein anderer „der deutschen Armee und Allen, die tapfer drein schlagen, wenn man dem Bundesstaate entgegen trete“ von v. Brünneck. Dückwitz gedachte der deutschen Flotte, v. Auerwald der Männer der Paulskirche, die den Grund zum Bundesstaate gelegt; ihm dankte Kieffer mit bewegten Worten, auf die so oft erfolglosen und mühevollen Kämpfe für ein Prinzip, das jene Männer leiste, hinweisend. Graf Döhrn ergriff das Wort, um dem Manne, der „vor Allen in der Paulskirche gegläntzt, und in dem Programm vom 18. Decbr. die Grundidee des gegenwärtigen Bundesstaates bezeichnet habe“, einen Toast darzubringen. H. v. Gager lehnte dieses Verdienst protestirend ab, indem er darauf hinwies, daß er damals nur ausgesprochen habe, was im Streben der Nation gelegen, und keinen andern Ruhm suche, als stets dahin zu gehen, wohin ihn seine Freunde riefen; die Ausführung des Werkes müsse er jüngeren und ungebrochenen Kräften überlassen. v. Vinde erinnerte in einem Toast auf Dahlmann daran, daß der 26. April der zweite Jahrestag des dem Bundestage von 17 Vertrauensmännern eingereichten Entwurfes sei. Diefem folgten noch andere auf die Präsidenten beider Häuser (von Graf Schwerin) u. A. Das Fest war bis ans Ende ein gefellig heiteres und frohes.

Erft, den 29. April. Zwölfte Sitzung des Staatenhauses, Mittags 1 Uhr. Nachdem das Protokoll der letzten Sitzung verlesen und genehmigt worden, erteilt der Präsident v. Auerwald das Wort dem

Commissar v. Carlwiz: Meine Herren! Ich bin von dem Verwaltungsrathe beauftragt, Ihnen eine Botschaft desselben mitzutheilen. Sie lautet (wörtlich): „Dem Verwaltungsrathe der verbündeten deutschen Regierungen sind die Beschlüsse zugegangen, welche das seit dem 20. März d. J. hier versammelte Parlament über die Vorlagen gefaßt hat, die ihm Namens dieser Regierungen durch die Größtungs-Botschaft angekündigt und übergeben wurden. Mit diesen Beschlüssen, die der Verwaltungsrath unverzüglich zur Kenntniß und schließlichen Erklärung der verbündeten Regierungen bringen wird, ist Seitens des Parlaments diejenige nächste Mitwirkung zum Verfassungswerke der deutschen Union geleistet, welche der Art. IV. des Bundesstatuts vom 26. Mai 1849. als den Zweck dieser Sitzung bezeichnete. Indem der Verwaltungsrath demgemäß die hierauf gerichtete Thätigkeit dieses Parlaments als zur Zeit beendigt erkennt, dessen Wiederberufung jedoch vorbehält, spricht er den Männern, welche das erste Deutsche Parlament hier vereinigte, den lebhaftesten Dank und die volle Anerkennung für den patriotischen Sinn, den ernststen Willen und den angestrebten Eifer aus, der sich bei der Revision der Verfassungsvorlagen und den hieraus hervorgegangenen Verbesserungs-Anträgen kund gegeben hat. Der Verwaltungsrath empfängt diese Resultate in dem durch sie gestärkten Glauben an eine gedeihliche Lösung der großen politischen Aufgabe, welche die verbündeten Regierungen in dem Bewußtsein ihrer Pflichten und Zusagen sich gestellt haben und er begleitet sie mit dem aufrichtigen Wunsche, daß das Verfassungswerk in seiner Vollendung die Anerkennung finden möge, die es im wahren Interesse aller Theile in Anspruch zu nehmen hat. Ich erkläre hierdurch im Namen der verbündeten Regierungen diese Sitzung des Parlaments für geschlossen.“

Präsident v. Auerwald: In Folge der eben vernommenen Botschaft erkläre ich hiermit die Sitzung für geschlossen. (Schluß 1½ Uhr.)

Einundzwanzigste Sitzung des Volkshauses. Präsident Simson eröffnet die Sitzung in Anwesenheit der Herren Mitglieder des Verwaltungsraths, v. Radowiz, Vollpracht, v. Lepel. Der Commissar des Verwaltungsraths v. Radowiz verliest die Botschaft des Verwaltungsraths, gleichlautend der dem Staatenhause mitgetheilten.

Abg. v. Frankenberg sieht sich als früherer Alterspräsident veranlaßt, in wenigen herzlichen Worten dem Präsidenten Simson den wärmsten Dank des Hauses für die umsichtige und hingebende Verwaltung seines Amtes auszudrücken. Sammtliche Abgeordnete erheben sich zum Zeichen ihrer Zustimmung.

Präsident. Meine Herren, Sie bewegen und erfreuen mich tief durch den Ausdruck des Dankes, mit dem Sie mich nach dem Antrage des ehrwürdigen Greises, der vor mir diese Stelle eingenommen hat, aus einem Amte entlassen, zu dessen Führung Ihre Güte mich ansehe, daß Sie mir auf alle Weise erleichtert haben, dessen Bekleidung zu den kostbarsten und unvergänglichen Erinnerungen meines Lebens gehört. Voraussetzlich, meine Herren, werden die Männer, die zur Mitvollendung des großen vaterländischen Unternehmens, das unsere Kräfte in Anspruch nimmt, berufen sind und berufen bleiben, in nicht zu langer Zeit diese edlen Räume wieder füllen. Möchten sich die Anzeigen bewähren, die in diesem Augenblick darauf hindeuten, daß die willkommenste Botschaft von dem Fortgange und Gedeihen unseres Werkes sie dann empfangen werde. Die treue und ausdauernde Anstrengung der verbündeten Regierungen wird ihnen den unvergänglichen Dank der Nation sichern, wie sie ihrerseits solchen Dank — von der bedeutenden Stelle mir gegenüber — den Arbeiten der Volksvertreter heute bereits gewidmet haben. Ja, meine Herren, möchte uns in diesem Sinne ein glückliches Wiedersehen beschieden sein, und inzwischen und immerdar die segnende Hand der Vorsehung ruhen auf dem geliebten Deutschen Vaterlande! Die Sitzungen des Volkshauses sind geschlossen. Ende der Sitzung 1½ Uhr.

Erft, den 29. April. Beide Häuser des Parlaments hielten heute zweimal Sitzung, und so wurde es möglich, die Session schon heute zu schließen. Die Botschaft des Verwaltungsraths konnte, da die Erklärungen der einzelnen Regierungen auf die Revisionsbeschlüsse noch fehlten, sich nur in allgemeinen anerkennenden Ausdrücken über die revidierende Thätigkeit des Parlaments bewegen. Bezeichnend scheint uns, daß der Annahme der Verfassung en bloc gar nicht Erwähnung geschah. Aus formellen Gründen ist der Schluß des Parlaments einer Vertagung desselben auf unbestimmte Zeit vorgezogen worden. Es wurde übrigens von Hrn. v. Radowiz und Hrn. v. Mantensel privatim die Zuversicht ausgesprochen, daß die Wiederberufung schon bald nach Pfingsten werde erfolgen können. Daß ein Termin für den definitiven Abschluß der Verhandlungen unter den einzelnen Regierungen noch nicht mit völliger Bestimmtheit vorausgesetzt werden kann, geht daraus hervor, daß der Schluß und nicht die Vertagung für eine bestimmte Frist ausgesprochen worden ist. Man hofft hier

eine rasche Förderung von dem Fürstencongresse, dessen nahe Zusammenkunft man mit ziemlicher Sicherheit erwartet.

Kiel, den 28. April. Unterm gestrigen Tage ist aus dem General-Kommando nachstehender Erlaß erfolgt, der in mehr als einer Beziehung Stoff zum Nachdenken giebt: „Hauptquartier Kiel, den 27. April. Der große Andrang von Gesuchen um Anstellung in der Schleswig-Holsteinischen Armee, veranlaßt das unterzeichnete General-Kommando hierdurch öffentlich zu erklären, daß nur Deutsche Offiziere eine Anstellung zu erwarten haben, und unter diesen auch nur solche, welche die besten Zeugnisse über Tüchtigkeit und Gesinnung beizubringen im Stande sind, die den Gesuchen jedesmal gleich beizulegen müssen, wenn eine genügende Antwort erfolgen soll. Vorzugsweise würden Generalstabs- und Ingenieur-Offiziere eine vortheilhafte Anstellung finden, am wenigsten aber Kavallerie-Offiziere. Der kommandirende General v. Willisen.“

Heute war eine Deputation aus der Stadt Schleswig hier, um den General Willisen zu begrüßen und der Statthalterschaft zu danken, daß sie die Armee und das Land durch den Wechsel des Oberbefehls von dem ausschließlichen fremden Einfluß befreit habe. Der General hat seinem Danke die Versicherung hinzugefügt, daß das Land sich darauf verlassen könne, daß er ein völlig unabhängiger Mann sei und daß er, wenn es zum Kriege käme, denselben ohne diplomatische Rücksichten und mit dem der Sache angemessenen Ernst führen werde. Im Uebrigen hat er die neulich im „N. M.“ enthaltene Mittheilung, wonach unsere Truppen auch nach dem Abzuge der Preußen und Schweden erst dann die Gide überschreiten werden, wenn die Dänen das Festland betreten, vollkommen bestätigt. Die Mitglieder der Deputation theilten den Eindruck, den Willisen auf Alle macht, die mit ihm in Berührung kommen. (Const. Z.)

Oesterreich.

Wien, den 27. April. (Verl. N.) Was man im absoluten Oesterreich unter Metternich nicht zu thun wagte, ist in dem konstitutionellen Oesterreich öffentlich und offiziell geschehen, die Zurückberufung der Jesuiten! Im amtlichen Blatt zu Verona, von Radetzky eigenhändig unterzeichnet, ist das Installations-Dekret zu lesen, womit den heiligen Hüttern zugleich die nöthigen Lokalitäten eingeräumt werden; für die anderen Provinzen steht die gleiche Ermächtigung in nächster Zeit bevor. In Böhmen soll ein großes Seminar nebst Erziehungs-Anstalt, nach dem Muster der Freiburger, begründet werden. Cardinal Schwarzenberg interessiert sich lebhaft dafür und spendet mit vollen Händen die nöthigen Mittel. Stabile Missionen mit dem vornehmlichen Beruf des Jugendunterrichts werden sein in Prag, Olmütz, Budweis, Linz, Neustadt bei Wien, Graz, Salzburg, Gilly, Innsbruck, Bregenz, Trient, Görz, Agram, Zara, Arab, Pesth, Lemberg und Krakau. Man sieht, das Netz ist vollkommen ausgespannt. Wien hat man vertrieben, wahrlich, um die Jüglinge vor Verführung mit unserer geistigen Verwilderung zu bewahren. An allerhöchster Stelle dagegen ist der Einfluß gesichert. Der künftige Reichsvater des Hofes wird der Gesellschaft Jesu angehören. Dies Alles sind aber nur die ersten Wirkungen der unseligen Verblendung der Staatsgewalt. Die Herrschaft der Kirche wird noch ganz andere Konzeptionen verlangen, um die Zurücksetzungen und Beeinträchtigungen, die sie in letzter Zeit erfahren hatte, wieder einzubringen. Gleich der Monarchie hält auch die Hierarchie den Augenblick für gekommen, den verlorenen Boden wieder zu erobern und sich darauf fester als jemals festzusetzen. Ihr Kampf gegen die Demokratie ist nur eine gewisse Strecke lang ein gemeinsamer, dann werden sie sich gegeneinander kehren, denn von dem Boden, welchen die Kirche zurückverlangt, hat zum großen Theil der Staat Besitz genommen. Der Kirche ist die volle Autonomie in geistlichen Disziplinarfachen zugestanden worden, sie wird daraus eine scharfe Waffe der Intoleranz machen. Dr. Smetana ist bereits mit der Exkommunikation bedroht, wenn er nicht sofort widerrufen will. Immer häufiger hört man, daß wegen Nichtbesuch der Kirche, Nichtachten der Fasten, Enthalten von der Beichte u. s. w. öffentliche Censuren ausgesprochen, ja sogar die Feiertage des Begräbnisses verweigert worden sind! Von einer aktiven Assistenz der gemächten Ehe ist keine Rede und die Einschüchterungen in Betreff der Kinder werden immer drängender. Die Deutsch-Katholiken können nur in tiefer Verborgenheit zusammen kommen; hier leidet bereits die weltliche Polizei der kirchlichen Verfolgungswuth ihre Häscherdienste. Ich wünsche, daß ich zu trübe Anschauungen und damit Unrecht habe, aber allen Zeichen nach stehen Oesterreich neben seiner politischen Verwirrung auch noch schwere Glaubenskämpfe bevor. Die Verfolgten werden fanatisirt und die bisherige Gleichgültigkeit in Religionsfachen steigert sich zum Haß gegen die Hierarchie. Der Protestantismus wird reißende Fortschritte machen, schon seit längerer Zeit haben — zumal in Böhmen und Mähren, wo die hussitischen Erinnerungen noch nicht ausgestorben sind — zahlreiche Uebersiedlungen stattgefunden, allein bisher waren es meist religiöse Motive, welche dazu bewogen, jetzt werden es politische sein. Es ist voranzusehen, daß die liberale Partei dem Protestantismus zuschlägt. Sollte bis dahin auch das dermalige Regierungssystem den Drängungen des Klerus widerstanden haben, hier wäre es an einem Punkt angelangt, wo es seiner eigenen Sicherheit wegen gemeinschaftliche Sache machen und das verfassungsmäßige Grundrecht konfessioneller Gleichheit zum Opfer bringen würde. Es ist zwar faktisch auch jetzt nicht viel mehr als tochter Buchstabe geblieben, aber sein juristisches Leben ist ihm doch nicht zu befehlen.

Baron Nikolaus Wesselenyi ist Sonntag Abends 7 Uhr an einer Lungenentzündung gestorben. Der kräftige und vollblütige Mann wollte durchaus keine andere Heilmethode als die homöopathische gestatten. Baron N. Wesselenyi spielte in der ungarischen Entwicklungsperiode als Schriftsteller und Politiker eine große und populäre Rolle. Eine Rede über die Ungerechtigkeit der feudalen Ueberrückstände führte ihn in den Kerker. Wegen seines Augenübels wurde ihm der Aufenthalt in Gräfenberg gestattet, wo ihn auch die Amnestie 1841 gefunden. Er erblindete gänzlich, und zog sich von der Politik zurück. In den letzten Jahren ließ er nur zuweilen einen Warnungsruf erschallen. Nach dem Märztag nahm er lebhaften Antheil an der Politik der Versöhnung und Vermittelung. Wesselenyi, in dessen Adern jenes Blut noch heftiger rohte, welches seine Ähnen in die früheren Revolutionen, seinen Vater nach Ruffien, ihn selbst in den Kerker führte, dieser Mann wollte im September 1848 Versöhnung! Der „Fest Naplo“ weicht dem Verbliebenen wenige aber theilnahmvolle Worte. „Baron Wesselenyi ist todt, er sank seinem Vaterlande ins Grab nach, wie eine hundertjährige Eiche, deren Felsengrund zerstört ist. Die Geschichte Ungarns wird seinen Namen unter den Ersten nennen! Möge sein Andenken unter uns bleiben!“ (Const. Z.)

Schweiz.

Zürich, den 27. April. Man theilt mir so eben mit, daß den

Offizieren unter der Hand die Weisung gegeben worden sein soll, sich jeden Augenblick marschfertig zu halten, indem es leicht Ernst werden könne. Man knüpft daran die Vermuthung einer Grenzbesetzung. — Seit 12 bis 14 Tagen hat der Militär-Kursus für die Artillerie, Pioniere und Pontonniers begonnen und in einigen Tagen soll ein Übungs-Manöver derselben am Rheine statt finden. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, den 26. April. (G. Z.) Herr Eugène Sue, der socialistische Candidat für Paris, giebt der Polemik der Zeitung unerschöpflichen Stoff. Nicht allein der Gegensatz zwischen seinen puritanischen Theorien und dem sybaritischen Luxus seines Lebens fordert die Epigramme des Charivari heraus, noch compromittirender sind die Citate aus früheren Werken. So wurde vor einigen Jahren in Paris ein Stück aufgeführt, worin Sue das Recept zu einer demokratischen Revolution mit folgenden Worten gab:

„Wollt ihr mein Recept? Es ist probat. Nehmt irgend einen Stamm, den ihr vorher sorgfältig geräuchert habt, wenn ihr nicht schon einen vom Weibrauch der Massen durchdrungenen vorfindet: das ist eure Fahne. Dann stellt einen utopistischen Philosophen auf, der möglichst viel Blödsinn über allgemeine Gleichheit, Abschaffung der Steuern, Theilung der Güter u. s. w. vorbringt, denn nur mit Spect fängt man Mäuse. Der gute Mann muß recht naiv und im schlimmsten Fall kein Spielverderber sein, wenn zum „Siege des Gedankens“ ein wenig Blut vergossen werden muß. Neben dem Philosophen ist ein einflußreicher Philister nothwendig, der jene Weisheit mit seinen langen Ohren andächtig aufnimmt, und der, im Hause an strengen Gehorham gewöhnt, seine Rache und Oppositionslust an der Regierung ausläßt. Dazu gesellt einen Subaltern-Offizier, der zu ungebührlich ist, um sein Avancement zu erwarten, und zu nichtsnußig, um es zu verdienen. Mißt dazu einige tausend Bummel, welche schreien, weil sie schreien hören. Diese Bummel, in Verbindung mit den pfeifenden Straßenbuben und den bellenden Hunden bilden die sogenannte „Stimme des Volkes.“ Wenn sie zu gähnen anfängt, besetzt die revolutionäre Mischung schnell mit einem Goldregen; laßt einen Goldmenschen oben auf schwimmen, einen Agenten des Auslandes, der im Voraus weiß, was ein Aufstand oder ein Bürgerkrieg einbringt; ferner einen Kerl, der für den Strick reif ist und Nichts zu verlieren hat. Dieses Subjekt muß die Spitze einnehmen. Dann legt tüchtig Feuer unter! Im günstigen Momente hebt den Deckel und ihr werdet einen revolutionären Höllebrand haben, von dem der Teufel sein Theil nimmt, dessen beste Bißsen aber Denen zufallen, die den Topf am Hentel halten.“

In der heutigen Sitzung der National-Versammlung steht die Verathung des Budgets auf der Tagesordnung. Der Artikel über Stutereien und Ermmthigung für Privat-Interesse, für welche 1,200,000 Frs. bewilligt werden sollen, giebt zu einer längeren Diskussion Anlaß. Richard du Cantal hat einen Verbesserungs-Antrag gemacht, demzufolge die Summe von 300,000 Frs., die zu Pferdeverleihen bestimmt ist, zu Preisen an die besten Pferdebesitzer vertheilt werden soll. Dieser Antrag wird nicht angenommen. Bei dem Kapitel: „Kosten für Ueberwachung der Continen-Gesellschaften“ wird von mehreren Seiten das betrügerische Verfahren einzelner Continen-Gesellschaften gerügt, die unter Anrufung der vom Staate erteilten Autorisation fabelhafte Versprechungen machen, um ihre Aktien anzubringen und hernach ihre geheimen Agenten ausschicken, um unter allerlei Vorwänden und durch Einschöpfung von Besorgnissen die Inhaber der Aktien zum Verkauf derselben zu Spottpreisen zu veranlassen. Andere Gesellschaften der Art haben Bankrott gemacht und ihre Unternehmer sind zum Theil gerichtlich bestraft worden. Der Handels-Minister, aufgefordert, eine Angelegenheit, in der nahe an 440 Millionen verwickelt sind, durch Einbringung eines besonderen Gesetzes Entwurfs zu regeln, erklärt, daß die Regierung bereits Maßregeln ergriffen habe.

Peter Bonaparte, der wie sein Vetter Napoleon Bonaparte (Sohn Jerome's) mit dem Verge zu votiren pflegt, veröffentlicht folgenden Brief an den Redakteur der „Presse“: „Ich sehe mich in der „Presse“ unter den Repräsentanten aufgeführt, die sich bei dem Votum der 200,000 Frs. für die Feier des 4. Mai nicht betheiligt haben. Durch Unpäßlichkeit verhindert, war ich allerdings während des Votums abwesend; allein es versteht sich von selbst, daß ich, wenn ich zugegen gewesen wäre, mit beiden Händen für die Feier eines Jahrestages votirt haben würde, der besonders den Verbannten theuer sein mußte, deren Exil die Republik aufgehoben hat.“

Paris, den 27. April. (Köln. Z.) In der heutigen Sitzung der National-Versammlung steht die weitere Diskussion des Budgets auf der Tagesordnung. Mathieu (de la Drome) macht beim Budget des Kriegsministeriums der Politik der Regierung und der Majorität einen vollständigen Tendenzprozeß. „Seit der Juli-Revolution halten die Europäischen Mächte ungeheure Armeen auf den Beinen, nicht um sich zu bekämpfen, sondern um sich zu beobachten. Dieses System des bewaffneten Friedens ist kostspieliger und für die Finanzen verderblicher, als der Krieg selbst. Das mächtige Ausland ist genöthigt, sich vor den Vanquiers und Börsenmännern zu beugen. Oesterreich wird bald unserer ersten Republik ihre Assignation nicht mehr vorwerfen haben; in Preußen giebt der König seinem Volke eine Konstitution, um neue Steuern votiren zu lassen, indem er sich vorbehält, die Konstitution hernach wieder zurückzunehmen. Wir haben in zwanzig Jahren 7000 Millionen für das Kriegs-Budget hergegeben, und trotz der stereotypen königl. Versicherungen über das Gleichgewicht des Budgets ist Frankreich bei einem Deficit von 800 Millionen angekommen. Man hat kleine Reduktionen bei den Budgets der einzelnen Ministerien angebracht: allein nicht mit solchen Zahlen-Reduktionen, sondern mit ganz neuen Ideen ändert man allein das Budget auf wirksame Weise. Wozu brauchen Sie 400,000 Mann Soldaten? Der letzte Krieg, der Krieg der Völker gegen die Könige, der Demokratie gegen alle Privilegien, den Chateaubriand und Napoleon vorausgesetzt haben, ist noch nicht gekommen. Die Zeiten sind vorbei, wo der General Dudinot, Befehlshaber der Alpen-Armee, im Aufschuß für die auswärtigen Angelegenheiten unter der Constituirenden mit Energie die Nothwendigkeit aneinandersezte, das Schwert für die Unabhängigkeit Italiens zu ziehen. (Aufstehen.) Wozu also eine Armee von 400,000 Mann? Die Ordnung herrscht im Auslande, wie im Innern. Sie denken an keine Eroberung. Die fremden Regierungen haben bei sich zu Hause zu thun, Dank den Ideen, die der Socialismus verbreitet hat, und bei der ersten Gefahr würden wieder, wie schon einmal, unsere Bataillone aus der Erde hervorsprossen. Sie fürchten also neue Unruhen im Innern. Allein kommt nicht gerade die Gefahr von der Last der Steuern, die Sie durch das Kriegs-Budget vermehren, wie von den mangelhaften socialen Einrichtungen und dem Drucksystem, das auf dem Volke lastet, überhaupt? Die Gefahr

kommt nicht vom Volke, sondern von denen, die es bebrücken und ausbeuten.“ Der Redner stellt hierauf zur Unterstützung seiner Ansicht einen Vergleich Frankreichs mit England an, dessen Regierung durch weises Nachgeben stets den Revolutionen zuvorkomme und bald auf friedliche Weise das allgemeine Stimmrecht erringen haben werde. Er schließt mit einer allgemeinen Protestation gegen die Verbeibaltung der stehenden Armeen, als ein kostspieliges und volksfeindliches Zwangsmittel. General Grammont hält die Armeen wegen der vom Socialismus aufgewegten Leidenschaften für nothwendig und erklärt sich für die Verlegung des Regierungssitzes außerhalb Paris nach dem Beispiel Amerika's. (Diese Frage, zum erstenmale auf der Tribüne berührt, bringt eine starke Bewegung in der Versammlung hervor.) Der Kriegsminister beist sich, gegen eine fernere Aeußerung des Generals Grammont: „daß die Versammlung vielleicht fataler Weise gezwungen sein werde, über diese Frage zu deliberiren“, in kurzen Worten zu protestiren: „Die Regierung kann die Verlegung der Versammlung an irgend einen Ort nicht acceptiren. Sie hat Vertrauen auf die Entscheidung der Pariser. Wir werden das Resultat der Wahlen mit Vertrauen abwarten und jedenfalls den frei ausgedrückten Nationalwillen respektiren.“ Eine vom Obersten Charra's vorgeschlagene Reduktion eines Postens des Kriegs-Budgets, die indirekt den General Changanier betraf, wird mit 432 Stimmen gegen 152 verworfen. Oberst Charra's macht im Hinblick auf die militärische Umgebung des Präsidenten der Republik den Vorschlag, die für die Generalstabs-Offiziere der Garnison von Paris im Budget angelegte Summe zu reduciren. „Der Präsident — äußert der Redner — sollte sich nach dem Beispiele der Präsidenten der Vereinigten Staaten auf seine verfassungsmäßigen Civil-Funktionen beschränken, und nicht mit einem zahlreichen Gefolge von Offizieren umgeben, die General-Uniform anlegen u. dgl. Warum umgiebt der Präsident der Republik sich nicht mit einem Gefolge von Magistrats-Personen, Finanz-Beamten u. s. w. (Eine Stimme links: Ober von Geistlichen?) Wäre es wohl Hrn. v. Lamartine, wenn er zum Präsidenten gewählt worden wäre, eingefassen, Uniform und Degen anzulegen und sich damit bei Reuen und andern öffentlichen Gelegenheiten zu zeigen?“ Auf das Murren eines Theiles der Majorität schickt der Redner sich an, den Artikel des Strafcoder vorzulesen, der anfängt: „Jede Person, die ein Costum . . .“, wird aber wiederholt unterbrochen, und verläßt die Tribüne unter Erneuerung seines Antrages. Der Kriegs-Minister entgegnet, daß die der Person des Präsidenten beigegebenen Offiziere keine Mehr-Ausgaben über ihren gewöhnlichen Gehalt verursachen, und fragt, ob es der Versammlung würdig sei, auf diese Weise das „Staats-Oberhaupt“ zur Schau auszustellen? (Stimmen links: Die National-Versammlung ist das Staats-Oberhaupt!) Was das Costum des Präsidenten betreffe, so sei er Chef der Nationalgarde, und habe daher das Recht, die General-Uniform derselben zu tragen. Charra's bestreitet letztere Behauptung und sagt, der Präsident habe eben so wenig das Recht, die General-Uniform der Nationalgarde anzulegen, als er die toga des Hrn. Dupin anlegen dürfe. Sein Antrag wird jedoch nicht genehmigt. Hierauf entspinnt sich eine längere interesselose Debatte über die von der Regierung verlangte Vermehrung der mobilen Gensd'armie, die zuletzt mit 424 Stimmen gegen 197 genehmigt wird.

Paris, den 29. April, Abends 8 Uhr. Die Garnison stimmt mit bedeutender Majorität für Eugen Sue, dessen Sieg wahrscheinlich ist. Die Regierung projektirt die Aufhebung des militärischen Sondervotums und eine Modifikation des Wahlgesetzes wird erwartet.

Niederlande.

Aus dem Haag, den 26. April. Die zweite Kammer der Generalstaaten hat heute die ihr abverlangte Zustimmung zu der Vermählung der Prinzessin Louise mit dem Kronprinzen von Schweden einmütig erteilt. Die Anwesenheit des letzteren wird dahier durch Bälle, Diners &c. gefeiert werden; am Montage giebt ihm zu Ehren der Englische Gesandte einen großen Ball und am Dienstage ein glänzendes Diner.

Spanien.

Aus Madrid wird in „Galignani's Messenger“ unterm 22. April berichtet: „Der König Don Francisco soll gestern der Königin förmlich erklärt haben, daß er, wenn sie nicht ihr königliches Vorrecht durch Entlassung des Ministeriums ausübe, seinem Pflichtgefühl folgen und sich nach Aranjuez zurückziehen, in diesem Falle aber selbst zur Zeit ihrer Entbindung nicht nach Madrid zurückkehren werde; er sei entschlossen, nicht länger Zeuge und moralischer Mitschuldiger der positiven Knechtschaft zu sein, worin das jetzige Kabinet die Krone zu halten trachte. Die Königin bemerkte ihm, daß in der jetzigen politischen Lage von Europa es unklug und unzeitig sein würde, ein Cabinet zu entlassen, das dem Lande wichtige Dienste geleistet habe und dessen Verbleiben in der Gewalt eine sichere Bürgschaft für Erhaltung der inneren Ruhe und des Friedens nach Außen sei. Der König blieb jedoch taub gegen ihre Vorstellungen und bestand auf sofortiger Entlassung des Ministeriums, wie man glaubt, auf Betreiben seines Beichtvaters Julgencio. Die Königin ließ sofort Narvaez rufen und sagte ihm, daß die Bemerkungen des Königs sie nicht vermögen würden, ihre treuen Diener zu entlassen, denen sie vollkommen vertraue; sie gebe ihm daher Vollmacht, ganz nach Gutdünken zu verfahren, um den Zubringlichkeiten ihres Gemahls ein Ende zu machen. Narvaez versammelte darauf um Mitternacht seine Kollegen und hielt mit ihnen eine dreistündige Berathung, deren Ergebnis man nicht genau kennt; gewiß scheint nur, daß heute früh alle Ausgänge aus dem Palaste und aus dem Vorzimmer des Königs durch Helebaradiere bewacht wurden; der König war ein Gefangener in seinen Gemächern. Um 11 Uhr Vormittags trat heute der Ministerrath wieder zusammen und hielt Sitzung bis 1½ Uhr, worauf er sich nach dem Palaste begab. Hier hielt Narvaez mit der von Isabella herbeschiedenen Königin Christine eine lange Konferenz und um 4½ Uhr verfügten sich beide mit den Ministern zu Isabella. Es heißt auch, daß die Minister heute Morgen eine Unterredung mit dem Könige hatten. Weiter weiß man nichts Zuverlässiges; während einerseits behauptet wird, daß der König nach Segovia verwiesen werden solle, hört man andererseits versichern, daß das Ministerium abtreten werde. — Berichte aus Madrid, vom 23. April, die auf außerordentlichem Wege in Paris anlangten, melden angeblich, daß der König nach einer langen Unterredung mit seiner Gemahlin in allen Stücken nachgegeben habe.

Vocales &c.

Posen, den 2. Mai. In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung, unter dem Vorstehe des Hrn. R. R. Knorr legte zunächst der Stadtverordnete Hr. Dr. M. Matecki eine Frage über die Funktion der Stadtverordneten-Deputirten in den städtischen Schulen vor, welche dahin beantwortet wurde, daß der städtische Schul-

rath dabei allein als Prüfungs-Kommissarius zu fungiren habe, die Deputirten der Stadtverordneten dagegen nur anwesend seien, um von dem Stande der Schulen Kenntnis zu nehmen und eventuell dem Kollegium darüber Bericht zu erstatten. Hierauf zeigt der Vorsitzende der Versammlung an, daß die Differenz zwischen dem Magistrat und der Armen-Deputation über die Eintheilung der Armen-Reviere ihre Erledigung dadurch gefunden, daß der Magistrat, nach Anhörung der Bescheidgründe, sich mit der genannten Deputation verständigt habe. Hierauf hielt der stellvertretende Vorsitzende, Prof. Müller, einen Vortrag über die beantragte Vermehrung der Lehrkräfte in der hiesigen Provinz-Gewerbeschule. Er theilte der Versammlung mit, daß der Vorstand der genannten Schule, Prof. Czwalina, unter dem 27. August vorigen Jahres das Gesuch an den wohlh. Magistrat gerichtet habe, für das Jahr von Michaelis 1849 bis dahin 1850, zur Vermehrung der Lehrkräfte derselben, einen Zuschuß von 150 Rthlr. aus der Kommunkasse, unter Zustimmung der Stadtverordneten, bewilligen zu wollen, um dadurch die interimistische Anstellung eines Lehrers für Experimental-Chemie, so wie für Deutsche Sprache zu ermöglichen. Der Antragsteller begründet sein Gesuch dadurch, daß unsere Provinz jetzt vorzugsweise der Hebung des Gewerbelebens bedürfe, nachdem die ungünstigen Zeit- und Lage-Verhältnisse sie hinter alle übrigen Provinzen des Staats hätten zurücktreten lassen. Der Etat der hiesigen Königl. Gewerbeschule betrage nur 670 Thlr., und könne aus Mangel an Fonds jetzt nicht erhöht werden. In allen anderen Städten, in denen Gewerbeschulen bestehen, geben die Kommunen beträchtliche Zuschüsse, so in Berlin 300 Thlr., in Bielefeld 600 Thlr. u. s. w. Der Magistrat hat sich hierauf unter dem 6. Septbr. v. von dem Vorstande einen Ausweis darüber erbeten, wie viel Schüler und Klassen die Anstalt bis jetzt zähle, welcher Lektionsplan bisher befolgt worden, und welcher für die Zukunft zu Grunde gelegt werden solle. In der Antwort des Prof. Czwalina, d. d. 29. Septbr. v., wird mitgetheilt, daß die Zahl der Zöglinge der Anstalt in der oberen Abtheilung 10, in der unteren 15 betrage, im Wintersemester jedoch viel bedeutender zu sein pflege; der Unterricht werde in beiden Abtheilungen gleichzeitig Abends, im Winter von 6—7, im Sommer von 7—8 Uhr erteilt, und erstrecke sich auf Arithmetik, resp. Algebra, Geometrie, Physik und Chemie; Sonntags werde Unterricht im Zeichnen und Modelliren erteilt; die beabsichtigte Erweiterung beziehe sich auf Experimentalchemie und deutsche Sprache, in welcher letzteren es den Schülern noch zu sehr an Fertigkeit im schriftlichen und mündlichen Ausdruck fehle. Der Vorstand der Gewerbeschule hat gleichzeitig eine Abschrift seines Antrags an den Magistrat der Königl. Regierung mitgetheilt, welche sich darauf in einem Schreiben vom 10. Sept. p. gleichfalls an den Magistrat gewendet und das Gesuch desselben dringend befürwortet, ja sogar unter dem 22. Novbr. p. und 6. Febr. c. Exorbitanten in dieser Angelegenheit an denselben erlassen hat. Der Magistrat spricht sich nunmehr dahin aus, daß ein ähnlicher Antrag auf Gewährung eines Zuschusses aus städtischen Mitteln schon früher gemacht, in Erwartung der Errichtung einer Realschule in unserer Stadt damals aber nicht berücksichtigt worden sei. Zwar bestche hier noch immer keine Realschule, doch sei bekannt, daß bei dem hiesigen Königl. Marien-Gymnasium bereits Realklassen eingerichtet worden, und das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium ebenfalls dergleichen Klassen zu errichten beabsichtige. Die Gründe, welche die städtische Behörde früher in dieser Angelegenheit geleitet, seien auch jetzt noch maßgebend, weshalb der Magistrat sich nicht veranlaßt finden könne, die Bewilligung eines Zuschusses aus städtischen Fonds zu bewilligen; zumal, wie gern er auch zur Unterstüttung eines nützlichen Zweckes mitzuwirken bereit sei, er doch nicht ganz die Ueberzeugung hege, daß der erwartete Erfolg erreicht werde. Der Magistrat trägt um so mehr Bedenken, dem Antrage zu genügen, als die in Folge der letzten Kalamität an die Kammereasse gestellten unabweisbaren Anforderungen eine Beschränkung der Ausgaben auf das Allernothwendigste den Kommunal-Behörden zur Pflicht machen. Der Berichterstatter schließt sich der Ansicht des Magistrats an, und indem er zu den bereits geltend gemachten Gründen noch 2 hinzusetzt, nämlich: 1) daß der nachgesuchte Zuschuß von 150 Thlr. p. 1849 zur Errichtung des angeführten Zweckes jedenfalls zu spät kommen würde, da das Wintersemester des erwähnten Zeitraums bereits beendet sei, und der Sommerkursus auch schon seinen Anfang genommen, also nicht füglich mehr abgeändert werden könne; und 2) daß die Emanirung des neuen Schulgesetzes bevorstehe, welches vielleicht eine fundamentale Umgestaltung des gesammten städtischen Schulwesens zur Folge haben, und außerdem der Kommune wahrscheinlich neue, nicht unbedeutende Verpflichtungen auferlegen werde, empfiehlt derselbe der Versammlung den Beitritt zu der Resolution des Magistrats. Die Versammlung beschließt darauf, die Angelegenheit bis nach Emanirung des Unterrichtsgesetzes zu vertagen. — Der Antrag des Magistrats, der übergroßen Frequenz in einigen städtischen Schulen wegen, noch zwei Elementarlehrer anzustellen, und dazu für Gehalt, Wohnungsmiete und Heizmittel zusammen 491 Rthlr., so wie zur Beschaffung der Schul-Materialien 250 Rthlr. zu bewilligen, wird einer aus den St. V. Müller, von Moraczewski und Kaas bestehenden Kommission zur Berichterstattung überwiesen. Desgleichen wird auf den Vorschlag des Magistrats eine aus 6 St. V. (den Herren Knorr, Mamiroth, Kling, Szymanski, von Gassiorowski und Fliege) bestehende Kommission ernannt, um im Vereine mit dem Oberbürgermeister und dem Kommandeur der Landwehr die Unterstüttung der zurückgebliebenen Familien eingezogener Landwehrmänner in Berathung zu nehmen. (Schluß folgt.)

„Aus dem Oborniker Kreise. — Am 4. Mai wird der Kreis-Landrath v. Reichmeister in Mür-Goslin die Forst- und Polizeibeamten, so wie die Lehrer der Stadt und Umgegend auf die Versammlung vereinigen. — Wie wenig noch so vielen Eltern an der Ausbildung ihrer Kinder liegt, davon liefert die jüdische Corporation zu Mür-Goslin einen deutlichen Beweis: vor 11 Monaten ging der Substitut des kranken Lehrers, welcher einige Zeit darauf starb, von hier ab, und noch bis jetzt ist die Stelle nicht wieder besetzt.

□ Ostrowo, im April. In der Schlusssitzung des Schwurgerichts befand sich der Lehrer Marcelli Peczinski unter Anklage: daß er im Jahre 1848 als Unteroffizier bei dem Mürzinowski'schen Corps eingetreten und an den Gefechten bei Adelnau, Raszkow und Miloslaw Theil genommen habe. Der Angeklagte gesteht zwar zu, bei dem vorerwähnten Corps eingetreten zu sein, behauptet aber, sich bei den Gefechten von Raszkow und Miloslaw nicht betheiligt zu haben, er sei vielmehr, nach erhaltenem Urlaub, ausgetreten, später zum Preussischen Militär einberufen, habe er bis zum 23. Oktober 1848 auf der Festung gelebt. Die vernommenen Zeugen widerrieten ihre früher abgelegte polizeiliche Aussage und da demnach die Anklage nicht aufrecht erhalten werden konnte, ließ der Staats-Anwalt dieselbe fallen und die Geschworenen sprachen das „Nichtschuldig“ aus. Hierauf führte

man den Einlieger Mathias Geisak aus Staniewo, Protoschiner Kreises, vor die Schranken. Sein Defensor war der Rechts-Anwalt Strempel. Er wurde beschuldigt, am 17. November 1849, in der Nacht zwischen 11 und 12 Uhr, seinem Schwager Dobry, nach vorhergegangener Drohung, die Scheune angezündet zu haben, wodurch auch noch einige Stallungen abbrannten und das Leben mehrerer Personen, die in der Scheune schliefen, gefährdet wurde. Die Beweise waren zu mangelhaft, um die Anklage genügend zu begründen, die Staats-Anwaltschaft konnte daher keinen Straf-Antrag formiren und nach kurzer Berathung sprachen die Geschworenen ihr „Nichtschuldig“ aus. Somit endeten für dieses Quartal die Schwurgerichts-Sitzungen, deren Wiedereröffnung wohl erst zu Anfange des Monat Juli stattfinden wird.

χ Bromberg, den 30. April. Einer der interessantesten Schwurgerichts-Prozesse der diesmaligen Sitzungsperiode kam Sonnabend zur Verhandlung. Präsident des Gerichtshofes war, wie gewöhnlich, der Appellationsgerichts-rath v. Kurnatowski, Vertheidiger Rechtsanwält Schulz II.; der Angeklagte, ein Polnischer Lehrer, Namens Kmita, macht durch seinen Vertheidiger, wie dies schon in den letzten Sitzungen mehrfach geschehen, von seinem Rechte der Geschworenen-Verwerfung sehr ausgedehnten Gebrauch. Die Anklage lautet auf thätige Theilnahme an den Kämpfen der Polen im J. 1848. Der Angeklagte, welcher in Xions von den Preussischen Truppen gefangen genommen worden, kann seine Theilnahme am Kampfe nicht läugnen, bekennet dieselbe vielmehr mit großer Freimüthigkeit, hält sich desselben ungeachtet aber nicht für eines Vergehens schuldig. Er behauptet nämlich, daß er aus Soboly, seinem früheren Wohnorte, hätte fliehen müssen, weil er begründete Furcht gehabt habe, daß die dort durchziehenden Militair-Commandos ihn getödtet haben würden; auch weist er durch Zeugen nach, daß einer seiner Freunde, der Wächter Brocki, der, wie er, im Interesse des durch den General v. Willisen eingefekten Polnischen Comité's gehandelt hatte, erschossen worden war, und daß die Soldaten desselben Commandos ihn hätten den Berg, auf welchem seine Schule liegt, wollen „herunterfesseln lassen.“ Er habe daher nothgedrungen wo anders sein Leben zu fristen gesucht und sei dieshalb unter die Polnischen Soldaten in Posen eingetreten. Von da marschirte er nach Breschen und Xions und wurde hier verwundet und gefangen genommen. Die Geschworenen sprachen, wohl mit Rücksicht auf die verwirrten Verhältnisse jener Zeit, das „Nichtschuldig“ aus, und der Angeklagte ward in Folge dessen freigesprochen. Auch trug die geschickte Vertheidigung seines Vertheidigers gewiß nicht wenig zu diesem Ausgange des Prozesses bei.

Musterung polnischer Zeitungen.

Der Dziennik polski enthält in No. 93. die Statuten des Schrimmer Spar- und Leih-Vereins, aus denen wir der Merkwürdigkeit wegen den §. 1. mittheilen, welcher wörtlich lautet: „Der Zweck des Vereins ist, besonders der ärmeren Klasse die Möglichkeit zu verschaffen, auch die kleinsten Summen zinsbringend anzulegen, und sie zur Sparsamkeit aufzumuntern, und zugleich den Wohlhabendern, die wegen eines augenblicklichen Kredites in Verlegenheit sind, durch Gewährung zeitweiser Darlehne zu Hülfe zu kommen.“ Das ist in der That ein kurioser Verein, der bewirken will, daß die Vermern zum Vortheile der Reichern sparen sollen. In Folge dessen veröffentlicht der Dziennik in No. 100. ein Schreiben aus Lurus bei Dürftigkeit (Zhytkowo pod Potrzebnica) datirt, worin sich ein gewisser „Jgnac Koyola Grochensablock“, der, wie er selbst sagt, zu den Reichern gehört, aber zuweilen wegen Kredit in augenblicklicher Verlegenheit sich befindet, öffentlich zum Mitgliede jenes ehrenwerthen Vereins anmeldet.

Die Gazeta Wielkiego Księstwa Pozna. bringt in No. 100. folgenden Correspondenzartikel aus Krakau vom 23. April: In diesen Tagen war Andrea Torquato Verliez hier, ein geborner Chorwat, als Mitglied des Prager Congresses und später als Vertrauter des Zelaschich bekannt. Seine Anwesenheit erregte allgemeine Sensation und gab zu manchen lächerlichen Reden Anlaß. Man sah in ihm einen Emissair des Russischen Panславismus, und in der That ist Herr Verliez auch in der Absicht nach Krakau gekommen, um sich die berühmte und auf unserm Planeten einzige Polnische Universität in Krakau einmal in der Nähe anzusehen; die Chorwaten nämlich haben (ob auf höhere Eingebung, will ich ungefragt lassen) die Absicht, eine Verbindung der Slaven mit uns in der Art zu Stande zu bringen, daß die Polnische Jugend die Lehranstalten in Chorwatien, Kroatien und Serbien, dagegen die dortige Jugend unsere Krakauer Universität besuchen soll. Meiner Ansicht nach ist dies das einzige und beste Mittel, die Slavischen Stämme einander näher zu bringen, wenigstens wird der Zweck dadurch eher erreicht, als durch jene utopischen Projekte, eine allgemeine Schrift für die Slaven zu erfinden oder die Russische, Russische oder Griechisch-kirchliche Sprache als Slavische Schriftsprache anzunehmen. Heute kam die Nachricht hierher, daß Krakau besetzt werden soll. Auf dem linken Weichselufer hinter der neuen Brücke soll ein Brückenkopf angelegt werden. Die Kosten sind auf 300,000 Fl. veranschlagt.

Der Gazeta Polska wird in No. 100. von der Emigration in London geschrieben: Die Lage der Polnischen Emigration in England ist höchst traurig. Seit der Zeit, wo die Deutschen Zeitungen voller Pasquille auf uns waren, uns durch Erdichtung von Grausamkeiten, die wir im Jahr 1848 im Großherzogthum Posen begangen haben sollten, überall verleumdeten, und wo man später alle revolutionären Schilderhebungen auf dem Continente auf unsere Rechnung setzte, hat der Name Pole seinen guten Klang verloren; er bezeichnet nicht mehr den ritterlichen Patrioten, der sich dem Kampfe für die Freiheit seines Vaterlandes weihet, sondern den Abenteurer, der nur nach Krieg lechzt. England, ein Industrie- und Handelsstaat, dessen Freiheit und Unabhängigkeit gesichert ist, liebt nicht den Krieg, und hat einen wahren Abscheu vor jeder gewaltsamen Revolution in Europa. Es beurtheilt die Europaischen Verhältnisse nach seinen eigenen, und meint, die innern Reformen seien bei jedem Volke auf gesetlichem Wege möglich, ohne daß ein Tropfen Blut vergossen werde. Und doch verfährt England in Indien ebenso, wie Oesterreich in Galizien und Ungarn, Preußen im Großherzogthum Posen und Rußland in den Polnischen Provinzen.

Verantw. Redakteur: G. G. S. Violett.

Angekommene Fremde.

Vom 2. Mai.
Hôtel de Bavière: v. Wedell, Rent. im 7. Inst.-Regt., aus Kosen; Entsch. v. Gostinowski a. Kempa; Entsch. Graf Michajewski und Wirtsch. Insp. Janikowski a. Baczkowo; Entsch. Graf Czarniecki a. Gogolewo; Partik. Wosyldo a. Krotoschin; Partik. Prus a. Berlin.

Laut's Hôtel de Rome: Gutsb. Wandelow a. Latalice; Gutsb. Jun a. Rokitnica; Kaufm. Franke a. Grünberg.
Bazar: Eigenth. Behrends a. Brody; Gutsb. Pruski a. Szelejewo; Gutsb. Kietowski a. Gorazdowo; Gutsb. Lipki a. Ludom.
Hôtel à la ville de Rome: Frau Gutsb. v. Oppen a. Sedzin; Gen.-Bevollm. Schmitt a. Jurawia; Gen.-Bevollm. Hedinger a. Brody; Dekonom Schönknecht a. Plegniß; Kaufm. Schlicht a. Frankfurt a. M.; Bürger Miltowski a. Włocławek; Kaufm. Jaffe a. Grünberg.
Hôtel de Berlin: Kand. d. Theol. Sudau a. Thorn; Gutsb. v. Zastrow

a. Rybno; Posthalter Niche a. Schmiegel; Gutsb. v. Trzapezniski a. Góra; Gutsb. Baron v. Lühow a. Kiczyn; die Kupferschmiede Wöhrhardt u. Berner a. Bromberg.
Goldene Säule: Rektor Förster a. Breschen.
Große Eiche: Bürger Grabstki a. Gnesen.
Hôtel de Paris: Km. Eohn u. Bürger Wardynski a. Pleschen.
Weißer Adler: Kreisger. Assessor Damm, Forst-Kand. Ewaldt u. Rechts-Anwalt Dr. Paasch a. Breschen; Insp. Lemm a. Pinne.

Hôtel de Hambourg: Gutsb. Szrader a. Jelitowo.
Zur Krone: Kaufm. Neumann a. Thorn; die Kaufl. Raphael, Veilher, Kwiecki u. Meyer a. Neustadt b. P.; Kaufm. Löwy a. Brönke; die Kaufl. Pinner, Jostki u. Kr. Thierarzt Giese a. Birnbaum.
In den drei Lilien: Apotheker Hirsckorn u. Kunstgärtner Voß a. Pinne.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Stadt-Theater in Posen.

Sonnabend den 4. Mai zum Dritten- und Letztenmale: Berlin bei Nacht; eine Zeitposse mit Gesang, Tanz und Masken-Aufzügen in 3 Akten von Dr. Kalisch, mit alle den nachträglich componirten Couplets und Einlagen. Die Musik ist theils neu componirt, theils nach bekannten Melodien arrangirt.

Die glückliche Entbindung meiner guten Gattin am 2. Mai c. früh um 3½ Uhr von einem gefunden starken Mädchen zeige ich statt besonderer Meldung meinen hiesigen und auswärtigen Freunden ergebeu an.
 Mich a. E. S. E. S.
 Selbstgeheimmeister.

So eben ist erschienen und bei **G. S. Mittler** in Posen zu haben:

Die Agram-Gesetze des Preussischen Staats. Zusammengefasst von J. Koch. 4. nach der neuesten Gesetzgebung vollständig umgearbeitete Auflage. 1. Lief. 20 Sgr.

Das Wechselrecht, nach den Grundsätzen der allgemeinen deutschen Wechselordnung und nach seiner Anwendung in den preussischen Ländern. Von **Dr. C. F. Koch**. Preis 2 Rthlr.

Bei **Gebrüder Scherf** in Posen ist so eben in Commission erschienen:

Defilir-Marsch,

componirt für das Pianoforte von **Melanie von Freireich**. Preis 5 Sgr.

Der Ertrag dieser Composition ist für die durch Ueberschwemmung verunglückten Bewohner Posen's bestimmt.

Bei **J. J. Heine**, Markt 85., ist zu haben:
Der Kampf in den Pariser Kirchhöfen. Eine Kriminalgeschichte neuester Zeit. (Kirchhof-Ereignisse von außerordentlichem Interesse!) 3½ Sgr.

Bekanntmachung.

In dem Hypothekenbuche des im Regierungsbezirk Posen, im Kreise Breschen belegenen adeligen Gute Gorazdowo, stand Rubrica III. No. 5. eine Protestation für die Elisabeth gebornen v. Ezarnecka, geschiedenen v. Tyborowska, jetzt deren Erben, wegen ihres Muttererbes in Höhe von 12,500 Floren polnisch nebst Zinsen, auf den Grund der Inscription in castro Posnaniensis vom 27ten Juni 1777, nach der Anmeldung vom 28ten December 1796, vigore decreti vom 18ten November 1797 mit dem Bemerkten eingetragen, daß dieser Summe wegen dem Fürsten v. Jablonowski die ad No. 3. eingetragene Eviction bestellt worden.

Diese Post ist zum Besten der Kaufmann Knispelschen Konkurs-Masse wegen der von derselben gegen die Elisabeth v. Tyborowska erstrittenen Forderung von 236 Dukaten nebst Zinsen mit Arrest belegt, und der Arrest im Hypothekenbuche ad Decretum vom 15ten September 1800 notirt worden.

Bei der Vertheilung der Kaufgelder des in nothwendiger Subhastation verkauften Gutes Gorazdowo ist auf die obige Post ein Percipendum von 6317 Rthlr. 12 Sgr. 7 Pf. incl. Zinsen seit dem 1sten Juli 1806, nebst den seit dem 24ten Februar 1847 auskommenden Depostal-Zinsen gefallen, welches zu einer Special-Masse deshalb hat genommen werden müssen, weil im Kaufgelderbelegungs-Termin sich Niemand gemeldet, weil das Dokument fehlt, und von den späteren Gläubigern Widerspruch erhoben worden.

Es werden daher alle diejenigen unbekannten Personen, welche als Eigenthümer, Erben, Cessionarien, Pfandinhaber oder sonst Berechtigte Ansprüche an diese Special-Masse zu haben glauben, aufgefordert, sich in dem hierzu am 3ten Juni 1850 Vormittags 10 Uhr vor dem Deputirten Herrn Obergerichts-Assessor Ryll in unserm Sitzungszimmer anstehenden Termine zu melden, widrigenfalls sie mit ihren Ansprüchen an die Special-Masse werden präkludirt werden.

Breschen, den 15. September 1849.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

In dem Hypothekenbuche des im Regierungsbezirk Posen, im Kreise Breschen belegenen adeligen Gute Gorazdowo standen auf den Grund des gerichtlichen Schulds-Instrumentes vom 1sten Juli 1801, ex decreto vom 19ten September 1803 Rubrica III. No. 9. — 22,000 Rthlr. eingetragen, welche der Eigenthümer Anton v. Ezarnecki von seiner Ehefrau, Antonina gebornen v. Ezosnowska, verheirathet gewesen v. Wiedowska, aus ihrem vorbehaltenen Vermögen erbort hat.

Auf diese Post war

1) eine Protestation zur Sicherheit des Joseph Nasierowski zu Maczniki, wegen dessen rechtskräftig von dem Richter erstrittenen Forderungen per 22,440 Rthlr. 29 Sgr. 3 Pf., zufolge Requisition des ehemaligen königlichen Landgerichts zu Gnesen vom 17ten Februar 1820;

2) eine Protestation für die Hauptbank zu Berlin, wegen eines etwaigen Ausfalls von dem im Hypothekenbuche von Zhdowo Rubrica III. No. 2. eingetragenen Kapitale von 12,000 Rthlr. und 8400 Rthlr. rückständiger Zinsen davon auf Requisition des vor-maligen königlichen Landgerichts zu Gnesen eingetragen.

Bei der Vertheilung der Kaufgelder des in nothwendiger Subhastation verkauften Gutes Gorazdowo ist auf die obige Post ein Percipendum von 4562 Rthlr. 19 Sgr. 2 Pf. nebst den Depostal-Zinsen seit dem 24ten Februar 1847 gefallen, welches zu einer Special-Masse deshalb hat genommen werden müssen, weil bei der Kaufgelderbelegung sich herausgestellt hat, daß die Erben nicht legitimirt sind, und daß das über die Post ausgefertigte Hypotheken-Instrument fehlt.

Es werden daher alle diejenigen unbekannten Personen, welche als Eigenthümer, Erben, Cessionarien, Pfandinhaber oder sonst Berechtigte Ansprüche an diese Special-Masse zu haben glauben, aufgefordert, sich in dem hierzu am 3ten Juni 1850 Vormittags 10 Uhr vor dem Deputirten Herrn Obergerichts-Assessor Ryll in unserm Sitzungszimmer anstehenden Termine zu melden, widrigenfalls sie mit ihren Ansprüchen an die Special-Masse werden präkludirt werden.

Breschen, den 15. September 1849.

Königl. Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Im Hypothekenbuche des im Regierungsbezirk Posen, im Kreise Breschen, belegenen adeligen Gute Gorazdowo, stand Rubr. III. No. 8. eine Protestation wegen der den Geschwistern des Eigenthümers, namentlich der minorennen Rosa, Marianna und Angelica v. Ezarnecka, und der Elisabeth v. Ezarnecka, verheiratheten v. Tyborowska zustehenden Rechte auf die aus dem vierten Theile des Werths dieses Gutes der Erblasserin gebührende, in Quanto noch nicht ausgemittelte Abfindung in baarem Gelde, zufolge Gesuchs der Elisabeth v. Tyborowska vom 30. December 1802 ex Decreto vom 24. Januar 1803 eingetragen, worüber unterm 25. Februar 1803 Recognition ertheilt worden ist.

Auf diese Protestation ist, insofern sie die Elisabeth v. Ezarnecka verheir. v. Tyborowska betrifft, auf das Gesuch der Regierungs-Salarien-Kasse zu Posen ein Arrest auf Höhe von

Gegen

Gicht, Rheumatismus und Nervenleiden aller Art.

als: Gesicht-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand-, Knie- und Fuß-Gicht, Augenfluß, Ohrenschmerzen, Schuppen und Krusten in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreizen, Lähmungen, Herzklappen, Schlaflosigkeit u. s. w., können, gestützt auf deren seit Jahr und Tag erprobte Wirksamkeit, die

Goldberger'schen

Kaiserl. Königl. Allerhöchst privilegirten und Königl. Preuss. concess.

galvano-electrischen

Rheumatismus = Ketten,

als das schnellste und sicherste Heilmittel angerathen werden, und sind nach wie vor in Posen Neuenstraße neben der Griech. Kirche nur allein bei **Ludwig Johann Meyer** acht und unverfälscht zu den festgestellten Fabrikpreisen vorrätzig. Eben so sind daselbst acht zu haben:

Goldberger's thermo-electrische Fingerringe

in allen Größen, gegen Schreibkrampf, Zittern oder Schwäche in den Fingern u. s. w. mit gutem Erfolge anzuwenden.

Zur Bequemlichkeit des auswärtigen Publikums sind die Goldberger'schen Rheumatismus-Ketten auch vorrätzig: in Birnbaum bei Herrn J. M. Strich; in Bromberg bei Herrn C. F. Belettes; in Chobziesien bei Herrn Kammerer Breite; in Inowracław bei dem Königl. Assistenz-Arzt Herrn Hoffmann; in Lissa bei Herrn J. L. Hausen; in Rakel bei Herrn L. M. Kallmann; in Rawicz bei Herrn J. P. Ollendorfs; in Schmiegel bei Herrn Jacob Hamburger; in Krotochin bei Herrn A. C. Etod.

Gebrannter Java-Caffee,

das Pfund 9 Sgr.,

wird schönsmekend verabreicht bei

W. J. Meyer & Comp., Wilhelmspl. No. 4.

Die Eröffnung meiner nach Amerikanischem System neu erbauten

Dampf-Dauer-Mehl-Mühle,

Graben No. 2,

beehre ich mich mit dem Bemerkten anzuzeigen, daß ich sowohl eigenes, als fremdes Getreide vermahlen werde.

Auch findet bei mir ein Austausch von Mehl gegen Getreide statt. Die Mehl-Niederlage befindet sich zur Zeit im Hause des Herrn Krzysanowski, Waffer- und Gerberstraßen-Ecke No. 15. Ich bitte, sich von der Feinheit, Güte und Preiswürdigkeit des Mehles überzeugen zu wollen.

G. C. Benth.

Destillation und Bierbrauerei.

Jüngere, auch ältere Personen, denen daran gelegen ist, das Destillations-Geschäft oder auch die Bierbrauerei in jedem Umfange dergestalt mit solcher Fertigkeit zu erlernen, daß sie nach einer ganz kurzen Lehrübung sogleich bezüglich der nöthigen Kenntnisse sich ernähren können, finden in meinem hieselbst bestehenden Destillations-Geschäft und Bierbrauerei, wie seit 16 Jahren geschehen, unter mäßigen Bedingungen jetzt und jederzeit Aufnahme. In meinem Geschäft werden alle Branntweine mittelst Destillation auf Blasen dargestellt, doch werde ich die Lernenden an den Versuch meiner verbesserten Methode zur Darstellung der Branntweine auf kaltem Wege, so wie anderer Neuerungen Theil nehmen lassen, wie ich mich bereits in meinem neuesten Werke: „Die Destillirkunst der geistigen Getränke. III. Auflage. 1850. Berlin. Seite 125—130“ darüber erklärt habe.

A. L. Moewes,

Apotheker I. Klasse, Besitzer eines Destillations-Geschäfts und Bierbrauerei. Dresdenerstraße No. 46. in Berlin.

Agentengesuch.

Für ein überall leicht zu betreibendes Geschäft, welches namentlich bei zahlreicher Bekanntschaft sehr ausgedehnt werden kann, werden reelle und thätige Agenten gegen 33½ % Provision-Bewilligung gesucht und werden Anmeldungen unter O. R. Poste restante in Frankfurt a. M. franco erbeten.

Am 4. Mai trifft ein Möbelwagen von Berlin hier ein. Rückfracht wird gern angenommen. Näheres beim Gastwirth Jauer, Halbborsfir. „Zum Breslauer Hof.“

Schloßberg No. 3. ist ein Garten nebst Salon und Küche zu vermieten.

Sonntag 7 Uhr Morgens treffen 100 Paar schöne Tauben verschiedener, edler Gattungen, auf dem Fischmarke zum Verkauf ein.

Freitag und Sonnabend. Musikalische Abendunterhaltung

von der Familie Tauber im Café Bellevue,

Markt- und Büttelstraßen-Ecke No. 44.

Barteldt's Caffeehaus,

alten Markt No. 8.

Heute Freitag musikalische Abend-Unterhaltung von der Familie Tauber aus Böhmen.

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Fremdbliche Einladung.

Auf dem Wege von der Schützenstraße nach der Posthalterei ist am Dienstag den 30. April Abends zwischen 8 und 9 Uhr eine schwarze seidene Mantille verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe Breslauerstraße bei dem Maler Herrn Haller gegen eine angemessene Belohnung abzugeben.

Thermometer- u. Barometerstand, so wie Windrichtung in Posen, vom 21. bis 27. April 1850.

Tag.	Thermometerstand		Barometerstand.	Wind.
	tiefster	höchster		
21 Apr.	+ 5.0°	+ 14.7°	27.3. 6.32.	SO.
22. "	+ 7.0°	+ 15.0°	27. " 7.0.	SO.
23. "	+ 6.0°	+ 14.5°	27. " 8.8.	SO.
24. "	+ 5.5°	+ 14.7°	27. " 7.4.	SO.
25. "	+ 4.2°	+ 12.3°	27. " 9.0.	NO.
26. "	+ 3.5°	+ 8.0°	27. " 11.0.	W.
27. "	+ 2.0°	+ 7.5°	27. " 11.2.	W.